

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

109. Sitzung

Innen- und Rechtsausschuss

81. Sitzung

Umweltausschuss

53. Sitzung

Agrarausschuss

57. Sitzung

am Mittwoch, dem 10. September 2003, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 383 der SPD-Fraktion

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Ursula Kähler (SPD) Vorsitzende
Birgit Herdejürgen (SPD) in Vertretung von Holger Astrup
Helmut Jacobs (SPD) in Vertretung von Wolfgang Fuß
Renate Gröpel (SPD)
Günter Neugebauer (SPD)
Hans-Jörn Arp (CDU)
Klaus Klinckhamer (CDU)
Berndt Steincke (CDU)
Thomas Stritzl (CDU) in Vertretung von Rainer Wiegard
Dr. Heiner Garg (FDP)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anwesende Abgeordnete des Innen- und Rechtsausschusses

Monika Schwalm (CDU) Vorsitzende
Peter Eichstädt (SPD)
Klaus-Peter Puls (SPD)
Thomas Rother (SPD)
Jutta Schümann (SPD)
Peter Lehnert (CDU)
Klaus Schlie (CDU)

Anwesende Abgeordnete des Umweltausschusses

Frauke Tengler (CDU) Vorsitzende
Wilhelm-Karl Malerius (SPD)
Konrad Nabel (SPD)
Sandra Redmann (SPD)
Ursula Sassen (CDU)
Jutta Scheicht (CDU)
Herlich Marie Todsen-Reese (CDU)
Joachim Behm (FDP) in Vertretung von Günther Hildebrandt

Anwesende Abgeordnete des Agrarausschusses

Claus Ehlers (CDU) Vorsitzender
Hermann Benker (SPD)
Peter Jensen-Nissen (CDU)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung: **Seite**

1. a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2003 bis 2007 **4**

Bericht der Landesregierung
 Drucksache 15/2819

b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2004 und 2005

Gesetzentwurf der Landesregierung
 Drucksache 15/2790

- **Einzelplan 04 und Kapitel 1204**

Umdrucke 15/3644 und 15/3647

- **Einzelplan 09 (ohne Kapitel 0909) und Kapitel 1209**

Umdrucke 15/3641 und 15/3646

- **Einzelplan 13 und Kapitel 1213**

- **Landesbetrieb (§ 26 LHO) ErlebnisWald Trappenkamp; Abschlussbericht für das Jahr 2002 gemäß § 10 a LHO**

Vorlagen des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft
 Umdrucke 15/3423, 15/3642

- **Landesforstverwaltung Schleswig-Holstein
 Jahresbericht gemäß § 10 a LHO für das Jahr 2002**

Vorlagen des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft
 Umdrucke 15/3511, 15/3642

2. Vorläufiger Wirtschaftsplan der Nationalpark-Service gGmbH **13**

Umdruck 15/3695

Die Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Kähler, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des federführenden Finanzausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2003 bis 2007

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2819

b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2004 und 2005

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2790

(überwiesen am 27. August 2003 an den Finanzausschuss und an alle übrigen Ausschüsse)

hierzu: Umdrucke 15/3518, 15/3519, 15/3564, 15/3630, 15/3633, 15/3636,
15/3643

Einzelplan 04

Abg. Lehnert spricht den Titel 0405-63361 und 0405-883 61 im Zusammenhang mit der zu erwartenden Einnahmeverbesserung aus der Feuerschutzsteuer an und bittet M Buß um seine Einschätzung hierzu. M Buß erklärt, dass sich die zu erwartenden Einnahmesteigerungen natürlich positiv auswirken würden und zurzeit vom Ministerium ein haushaltstechnisch zulässiges Verfahren gesucht werde, die Mittel unterzubringen. Dies werde selbstverständlich auch in den Nachtrag eingehen. Die konkreten Auswirkungen für den Haushalt seien zurzeit noch nicht bezifferbar. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den Prüfbericht des Landesrechnungshofs, dessen Vorschläge zurzeit ausgewertet und geprüft würden.

Auf die Frage von Abg. Klinckhamer, ob in Zukunft durch die vermehrten Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer wieder der Bau von Gerätehäusern unterstützt werden könne, antwortet

M Buß, dass man zunächst abwarten müsse, wie sich die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer entwickelten. Vom Grundsatz her sei dies natürlich möglich, allerdings sehe er im Moment keine Priorität für eine Unterstützung des Baus der Gerätehäuser im Verhältnis zu anderen notwendigen Anschaffungen.

Abg. Lehnert möchte wissen, auf welcher Grundlage die in diesem Zusammenhang nötige Bedarfserhebung durchgeführt werde. M Buß führt aus, dass die Bedarfsermittlung in Zusammenarbeit mit dem Landesfeuerwehrverband erfolgen werde. Die Mehreinnahmen durch die Feuerschutzsteuer seien außerdem Anlass dafür, eine aktuelle Bedarfsermittlung anzustellen. Abg. Schlie bittet darum, den Ausschussmitgliedern die aktuelle Bedarfsliste zur Verfügung zu stellen.

Abg. Dr. Garg spricht die globalen Mindereinnahmen an und möchte wissen, wo diese in den nächsten zwei Jahren erwirtschaftet werden sollen. Außerdem fragt er, welche Auswirkungen sich daraus für das Sicherheitspaket, das nach dem 11. September 2001 beschlossen worden sei, und für die personelle Ausstattung ergeben könnten. M Buß räumt ein, dass es außerordentlich schwierig werde, die Mindereinnahmen im Zuge des Haushaltsvollzugs 2004 zu erwirtschaften. Wie dies gelingen werde, könne er heute noch nicht sagen. Oberstes politisches Ziel sei es jedoch, den Bereich der inneren Sicherheit, möglichst weitgehend von diesen Dingen freizuhalten. Angesichts der hohen Summe habe er jedoch Zweifel daran, ob das wirklich gelingen werde.

Im Zusammenhang mit einer Frage der Vorsitzenden, Abg. Kähler, zur Reduzierung der Katasterverwaltung führt M Buß aus, das Konzept zur Verringerung der Katasterämter werde angesichts der nötigen Verhandlungen, zum Beispiel im Zusammenhang mit den umfangreichen Mitbestimmungsregelungen, sicherlich nicht bis zum Jahr 2004, aber schnellstmöglich umgesetzt werden.

Abg. Schlie möchte wissen, ob die Entwicklung des Ansatzes für den Verfassungsschutz, der 2005 nach einer allgemeinen Abschmelzung des Solls bis zum Jahr 2004 wieder ganz leicht auf das Soll des Jahres 2003 ansteige, mit einer zeitlich begrenzten Sicherheitslage im Jahr 2004 zu tun habe. M Buß verneint dies.

Auf eine Frage von Abg. Schlie zur Umwandlung von Beamten- in Angestelltenstellen bei der Polizei bestätigt M Buß, dass die Tendenz zur Umwandlung bestimmter Stellen bei der Polizei, bei der keine hoheitliche Aufgabenwahrnehmung erforderlich sei, weiterhin bestehe.

Abg. Schlie möchte weiter wissen, ob im Ansatz für die Neubeschaffung auch noch alte Verpflichtungen, zum Beispiel aus VE's, enthalten seien. M Buß erklärt, nach seinem Wissen seien hier ausschließlich Neubeschaffungen enthalten.

Auf die Frage von Abg. Schlie, ob im Bereich der Wasserschutzpolizei geplant sei, für die Fahrzeuge ebenfalls auf ein Leasingverfahren umzusteigen, antwortet M Buß, dass mit der Integrierung der Fischereiaufsicht in den operativen Teil der Wasserschutzpolizei eine Teillösung gefunden worden sei. Darüber hinaus arbeite das Ministerium weiter an diesem Problem. Er selbst werbe immer wieder bei seinen Kollegen in anderen Bundesländern dafür, zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Eine Option sei hierbei auch eine ähnliche Regelung, wie sie für die Streifenwagen gefunden worden sei.

M Buß macht im Zusammenhang mit einer weiteren Frage von Abg. Schlie deutlich, dass mit den möglichen Einsparungen durch die Reformkommission III versucht werde, unter anderem über eine mögliche Verringerung der Stäbe mehr Präsenz vor Ort zu erreichen, ohne dass dafür mehr Geld aufgewandt werden müsse. Ihm sei jedoch nicht erinnerlich, dass die Ministerpräsidentin sich dahin gehend geäußert habe, dass sämtliche Einsparungen durch die Reformkommission III im Polizeihaushalt verbleiben sollten. Allerdings gebe es Absprachen, dass ein wesentlicher Teil der Einsparungen auf jeden Fall im Polizeihaushalt verbleiben werde.

Abg. Schlie spricht weiter das im Zusammenhang mit der Initiative über die Neuorganisation der Leitstellen im Land diskutierte Leitstellengesetz an, mit dem die kreisfreien Städte unter Umständen zu einer Kooperation verpflichtet werden sollten, und fragt, ob dies nicht unter dem Gesichtspunkt des Konnexitätsprinzips zu zusätzlichen Kosten für das Land führen werde. M Buß führt hierzu unter anderem aus, in vielen Gesprächen sei als eine Möglichkeit diskutiert worden - auch seitens der Kreise und kreisfreien Städte selbst -, die Leitstellen ganz auf das Land zu übertragen. Es habe klare Stimmen dafür gegeben, dass diese Option durch das Land geprüft werden solle. Dies werde zurzeit vom Land getan. Klar sei natürlich auch, dass in diesem Fall das Konnexitätsprinzip dann auch einmal sozusagen rückwärts, zugunsten des Landes, angewandt werden müsste.

Auf die Frage von Abg. Jensen-Nissen, ob es Überlegungen gebe, Außenstellen der Ämter für ländliche Räume zu konzentrieren, erklärt M Buß, dass im Rahmen der Funktionalreform auch über eine Aufgabenverlagerung im Bereich der Ämter für ländliche Räume diskutiert werde. Die Diskussionen liefen jedoch noch, sodass er noch nicht sagen könne, was dabei herauskommen werde. Im Augenblick würden jedoch keine konkreten Planungen in dieser Hinsicht vorgenommen.

M Buß sagt Abg. Jensen-Nissen zu, schriftlich zu beantworten, wie viele Mitarbeiter aus dem ehemaligen Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für ländliche Räume vom Innenministerium übernommen worden seien.

Die Frage von Abg. Jensen-Nissen, inwieweit die Aufteilung der Aufgaben zwischen den staatlichen Umweltämtern und den Ämtern für ländliche Räume aus der Sicht des Innenministeriums als zweckmäßig und zukunftsfähig angesehen würden, antwortet M Buß, dass die Aufgaben mit Sicherheit auch in Zukunft wahrgenommen werden müssten. Auf welcher Organisationsebene dieses jedoch geschehen solle, werde zurzeit geprüft.

Abg. Jensen-Nissen möchte weiter wissen, welches Ministerium für den Bereich Modulation zuständig sei und weshalb hierzu unterschiedliche Zahlen von den beiden Ministerien genannt würden. M Buß stellt klar, dass die Dienstaufsicht für die Ämter der ländlichen Räume der Innenminister wahrnehme, die Fachaufsicht für den Bereich der Modulation jedoch in das Ressort des Umweltministers falle. Die von Abg. Jensen-Nissen angesprochene Abweichung der Zahlen, die im Haushalt für die Modulation veranschlagt worden seien, und irgendwelchen Papieren der Landesregierung zu diesem Thema, könne er jetzt so schnell nicht nachvollziehen.

Auf die Frage von Abg. Dr. Garg, ob es konkrete Überlegungen gebe, neben der Gemeinschaftsaufgabe West ab dem Jahr 2004 auch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung Agrarstruktur und Küstenschutz“ zu kürzen beziehungsweise zu streichen, erklärt M Buß, konkrete Pläne hierzu gebe es seines Wissens auf Bundesebene nicht, allerdings könne er eine allgemeine Tendenz erkennen, die Mischfinanzierung der Gemeinschaftsaufgabe insgesamt zu lockern oder sogar aufzuheben. Dies hätte dann erhebliche Auswirkungen auf den Haushalt des Innenministeriums, insbesondere für den Bereich des Küstenschutzes, denn in diesem Bereich sei das Land Schleswig-Holstein auf die Beteiligung des Bundes an den Kosten angewiesen. Abg. Jensen-Nissen fragt nach, ob es beim Prüfauftrag der Ministerpräsidentin ein Endergebnis zum Bereich Gemeinschaftsaufgabe gegeben habe. M Buß antwortet, das sei ihm nicht bekannt.

Abg. Jensen-Nissen spricht weiter die Bindungswirkung der GA-Mittel an und möchte wissen, ob es Überlegungen gebe, möglicherweise eine Bindungswirkung komplementär durch die Kommungen leisten zu lassen. M Buß verneint dies.

M Buß sagt Abg. Jensen-Nissen im Zusammenhang mit einer Frage zu Titel 0409-271 02, Maßnahmen des Wirtschaftswegebbaus, zu, schriftlich zu beantworten, ob die Kommungen

darüber informiert worden seien, dass sie in den nächsten Jahren mit keiner Förderung für den landwirtschaftlichen Wirtschaftswegebau rechnen können.

Er informiert im Zusammenhang mit einer weiteren Frage von Abg. Jensen-Nissen darüber, dass in den Ämtern für ländliche Räume in diesem Jahr wieder Auszubildende eingestellt worden seien, allerdings nicht über den eigenen Bedarf hinaus.

Die Frage von Abg. Klinckhamer, wie viel der Gesamtinvestitionen des Haushalts des Innenministers bereits durch Verpflichtungsermächtigungen gebunden sei, wird vom Innenministerium schriftlich beantwortet.

K a p i t e l 1 2 0 4

Umdrucke 15/3644 und 15/3647

Die Ausschussmitglieder nehmen die Umdrucke 15/3644 und 15/3647 ohne Aussprache zur Kenntnis.

(Unterbrechung: 10:55 bis 11:15 Uhr)

E i n z e l p l a n 0 9 (o h n e K a p i t e l 0 9 0 9) u n d K a p i t e l 1 2 0 9

Umdrucke 15/3641 und 15/3646

Zum Einzelplan 09 und zum Kapitel 1209 liegen keine Wortmeldungen vor. Die Ausschussmitglieder nehmen die Umdrucke 15/3641 und 15/3646 zur Kenntnis.

(Unterbrechung: 11:20 bis 14:00 Uhr)

E i n z e l p l a n 1 3 u n d K a p i t e l 1 2 1 3

Auf Antrag von Abg. Todsen-Reese erweitert der Ausschuss die Tagesordnung um den Punkt „Vorläufiger Wirtschaftsplan der Nationalpark-Service gGmbH“, Umdruck 15/3695.

Von Abg. Todsen-Reese insbesondere auf haushaltsmäßige Auswirkungen der Zusammenlegung von Agrarministerium und Umweltministerium angesprochen, legt M Müller dar, Synergieeffekte schlugen sich zu einem kleineren Teil im Haushalt, mehr aber in der guten und professionellen Zusammenarbeit nieder. In seinem Geschäftsbereich seien acht kw-Vermerke

ausgebracht. Um allerdings die stellenplanmäßigen Auswirkungen der Umstrukturierung der Landesverwaltung beurteilen zu können, müssten die Stellenpläne verschiedener Ministerien, beispielsweise auch des Innenministeriums und des Sozialministeriums, herangezogen werden. Herr Sauerberg berichtet, das Ministerium habe aus dem Einzelplan 08 34 Beamtenstellen, 34 Angestelltenstellen, 31 Stellen für Lehrkräfte an Landwirtschaftsschulen sowie zwei Stellen für Auszubildende übernommen.

Auf eine Frage der Vorsitzenden bezüglich geplanter Umstrukturierungsmaßnahmen verweist M Müller darauf, dass das Kabinett einen intensiven Diskussionsprozess mit der kommunalen Familie begonnen habe. Dieser werde planmäßig so abgeschlossen werden, dass das Ergebnis in die Nachschiebeliste eingehen werde. Er bejaht die Anschlussfrage von Abg. Todsen-Reese, dass im Rahmen des Kabinetts zeitlich so über Umstrukturierungsmaßnahmen beschlossen werde, dass die Auswirkungen vom Landtag in ausreichender Form beraten werden könnten und Auswirkung auf die Haushaltsjahre 2004/2005 hätten.

Auf eine Frage von Abg. Neugebauer eingehend, legt M Müller dar, dass er die beim Nationalparkamt angesiedelten hoheitlichen und Monitorigaufgaben dort für richtig und sinnvoll angesiedelt halte.

Abg. Sassen spricht die Vorarbeiten zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie an. In diesem Zusammenhang betont M Müller, dass sich Schleswig-Holstein derzeit noch in der Vorarbeitungsphase befinde. Hinsichtlich der geplanten Ausgaben verweist AL Wienholdt auf Seite 32 des Einzelplans.

M Müller bestätigt auf eine Frage von Abg. Ehlers zu 1302-686 04, An landwirtschaftliche und gärtnerische Beratungsringe, dass die Kürzung des Mittelansatzes vereinzelt zu Entlassungen geführt habe.

M Müller sagt zu, die Frage von Abg. Ehlers zu 1302-892 07, Förderung von Vorhaben zur energetischen Nutzung von Biomasse, welche Anlagen zur energetischen Nutzung von Biomasse sich in der Planung oder im Bau befänden, schriftlich zu beantworten.

M Müller sagt ebenfalls zu, die Frage von Abg. Ehlers zu 1302-MG 05, Zuwendungen der EU für die Umstrukturierung der Fischerei (PESCA), welche Wirkungen das bisherige Programm gehabt habe, schriftlich zu beantworten.

Herr Sauerberg bestätigt auf eine Frage von Abg. Ehlers zu 1302-685 47, Zuwendungen an die Landwirtschaftskammer für sozialverträglichen Personalabbau und 1302- 685 48, Beteili-

gung an den Pensionslasten gemäß § 21 Abs. 5 LKG, dass sich die Haushaltsansätze im Rahmen der mit der Landwirtschaftskammer geschlossenen Zielvereinbarung bewegten.

Abg. Ehlers spricht sodann das Thema Modulation an und fragt nach der möglichen Ausschöpfung der Ansätze. Nach kurzen Erläuterungen über die bereits vorliegenden Anträge und die vorgesehene Erweiterung der Förderkriterien führt Herr Sebelin aus, dass die vorgesehen Mittel voraussichtlich ausgeschöpft würden.

Abg. Todsens-Reese kommt auf das Thema globale Minderausgaben zu sprechen und fragt nach dem Grund der unterschiedlichen Ansätze. M Müller legt dar, die Landesregierung verteile diese jeweils nach der Möglichkeit der Einzelpläne, zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgaben beizutragen, sowie nach politischer Schwerpunktsetzung.

Abg. Tengler geht auf das Thema abfallwirtschaftliche Maßnahmen und Abfallvermeidung ein und fragt, welche Standorte im laufenden Jahr saniert worden seien, welche in den Jahren 2004 und 2005 saniert werden sollten sowie nach dem Stand der Prioritätenliste für die Sanierung von Altstandorten. M Müller sagt zu, diese Fragen schriftlich zu beantworten.

Abg. Tengler bittet um Erläuterung des Ist 2002 bei Titel 1302-893 55, An Sonstige für abfallwirtschaftliche Maßnahmen. M Müller berichtet, dass es sich um die Rückzahlung eines Förderzuschusses an ein großes Unternehmen gehandelt habe.

Auf eine weitere Frage der Abg. Tengler hinsichtlich der Kapazitätsplanung im Rahmen der Abfallwirtschaft verweist er auf die dazu im zuständigen Umweltausschuss geführte Diskussion.

M Müller sagt zu, die Frage der Abg. Sassen nach dem Grund für die Reduzierung des Mittelansatzes bei 1309-125 05, Einnahmen aus dem Betrieb der Jugendwaldheime einschließlich Zuwendungen Dritter, schriftlich zu beantworten.

Abg. Scheicht bezieht sich auf Titel 1303-812 01, Erwerb von Geräten und Ausrüstungsgegenständen, und fragt nach den Eigentumsverhältnissen der Kantine des LANU sowie dem Grund für die unterschiedlich hohe Veranschlagung für Trockenschränke. M Müller sagt zu, diese Fragen schriftlich zu beantworten.

Abg. Todsens-Reese spricht Titel 1301- 533 72, Erstellung von Programmen, Konzepten, Broschüren und Ähnlichem, an und bittet um Erläuterung. M Müller führt aus, dass aus den Fehlern der Umsetzung von NATURA 2000 gelernt worden sei und bereits im Vorwege der Um-

setzung der Wasserrahmenrichtlinie verstärkt Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt werden sollte. In diesem Zusammenhang bittet Abg. Todsen-Reese um eine Auflistung der für NATURA 2000 durchgeführten Öffentlichkeitsmaßnahmen einschließlich der dafür entstandenen Kosten. M Müller sagt dies zu.

Abg. Todsen-Reese bittet zu Titel 1303-811 01, Erwerb von Dienstfahrzeugen, um Begründung für den Erwerb der Fahrzeuge, und zwar insbesondere der Laborbusse. M Müller sagt dies zu.

Zu **Kapitel 1213** liegen keine Wortmeldungen vor.

Landesbetrieb (§ 26 LHO) ErlebnisWald Trappenkamp; Abschlussbericht für das Jahr 2002 gemäß § 10 a LHO

Vorlagen des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft
Umdrucke 15/3423, 15/3642

Auf Fragen der Abg. Sassen zu Erlösen und der Staffelung von Eintrittspreisen verweist Herr Böhling auf den Jahresbericht des ErlebnisWalds Trappenkamp.

Auf eine Bemerkung von Abg. Sassen, sie halte das Formular in Teilen für optimierbar, erwidert die Vorsitzende, der Finanzausschuss habe bereits mehrere Berichte gemäß § 10 a LHO erhalten und zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Finanzausschuss halte eine derartige Begleitung für sinnvoll. Bezüglich des von Abg. Sassen angesprochenen Themas regt sie an, gegebenenfalls im Fachausschuss in Zusammenarbeit mit dem Ministerium über eine Änderung der Vorlagen diskutieren.

Herr Böhling geht auf eine Frage von Abg. Sassen hinsichtlich der Zinseinnahmen ein und legt dar, das Land überweise den Jahreszuschuss in mehreren Raten auf ein Konto bei einer Sparkasse. Nicht sofort benötigtes Geld werde von dem ErlebnisWald in Festgeld angelegt; dafür fielen geringfügig Zinseinnahmen an. Auf die in diesem Zusammenhang von Abg. Todsen-Reese geäußerte Bitte um Stellungnahme durch das Finanzministerium antwortet AL Rohs, diese Vorgehensweise sei mit dem Finanzministerium abgestimmt.

Landesforstverwaltung Schleswig-Holstein
Jahresbericht gemäß § 10 a LHO für das Jahr 2002

Vorlagen des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft
Umdrucke 15/3511, 15/3642

Im Zusammenhang mit diesem Jahresbericht werden vom Ministerium Fragen von Abg. Todsen-Reese hinsichtlich der Jagdstrecke und der SSC-Zertifizierung beantwortet. Eine weitere Frage der Abg. Todsen-Reese geht dahin, welche Maßnahmen aus welchem Grund - Stürme, Hochwasser und Haushaltssperre - nicht durchgeführt worden seien. - In diesem Zusammenhang erinnert die Vorsitzende daran, dass es sich bei dieser Vorlage um den Jahresbericht für das Jahr 2002 handele, im Rahmen dieser Ausschusssitzung allerdings der Haushalt für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 beraten werden solle. Sie regt an, dieses Thema im zuständigen Fachausschuss zu vertiefen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorläufiger Wirtschaftsplan der Nationalpark-Service gGmbH

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/3695

Abg. Sassen verweist auf den im Haushaltsentwurf enthaltenen Hinweis hin, dass die Wirtschaftspläne als Anlage beigefügt seien, und bittet darum, dass dies in Zukunft auch geschieht.

Sodann bittet sie um Aufschlüsselung der Zuwendungen des Landes, Titel 252 01, sowie um genaue Aufschlüsselung für die Personalkosten Geschäftsführer, Titel 425 00, für die künftigen Jahre. M Müller sagt zu, diese Fragen schriftlich zu beantworten.

Die Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Kähler, schließt die gemeinsame Sitzung um 15:25 Uhr.

gez. U. Kähler
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder/gez. Petra Tschanter
Protokollführerinnen